

„Aktive Bürger für ein lebendiges Europa – Christliche Perspektiven einer europäischen Bürgergesellschaft“

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
verehrte Gäste, liebe Schwestern und Brüder!

I. Einleitung: Bürgerschaftliches Engagement als Ausdruck von Freiheit

Ich danke Prälat Dr. Jüsten und Prälat Dr. Felmburg für die Einladung, auf dem gemeinsamen Empfang der beiden Kirchen hier in Brüssel zu Ihnen zu sprechen. Mit der Themenwahl – Christliche Perspektiven einer europäischen Bürgergesellschaft – ist mir ein ebenso aktuelles wie wichtiges Thema gestellt.

Mir ist heute Abend vor allem daran gelegen mit Ihnen ins Gespräch über das vielfältige freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern zu kommen, und darüber, was dieses Engagement für das Zusammenwachsen der Völker Europas zu einer wirklichen Gemeinschaft von Menschen mit gemeinsamen Idealen, Werten und Visionen bedeuten kann und zu leisten im Stande ist.

Bürgerschaftliches Engagement hat viele Facetten! Menschen engagieren sich in Kirchen, Parteien und Vereinen, bauen Stiftungen auf, gestalten Bildungsarbeit und begegnen sich dabei sowohl im fachlichen Austausch als auch im persönlichen Gespräch.

Bürgerschaftliches Engagement ist in zweierlei Weise Ausdruck von Freiheit: Es fordert einen gesellschaftlichen Freiraum, in dem die Tätigkeit entfaltet

werden kann, und es erfordert die persönliche Haltung einer inneren Freiheit, die bereit ist, sich für das Gemeinwohl einzusetzen.

II. Der kirchliche Ansatz: zu „freiem, dankbarem Dienst“ befreit

Damit deckt sich das bürgerschaftliche Engagement mit einem wesentlichen Anliegen der Kirchen. Zwar gehört es zum Selbstverständnis der christlichen Kirchen, nicht vollständig in der Gesellschaft aufzugehen, sondern – vom Transzendenzbezug her – ein kritisches Gegenüber zur Gesellschaft, auch zur Zivilgesellschaft, zu bleiben. Unsere Evangelische Kirche in Deutschland, geprägt von den Erfahrungen des Dritten Reiches, legt gerade darauf viel Wert. Die Barmer Theologische Erklärung aus dem Jahr 1934 betont in ihrer zweiten These die durch das Evangelium geschenkte „Befreiung aus den ... Bindungen dieser Welt“. Gleichzeitig aber hat diese Befreiung zu kritischer Distanz ein Ziel und einen Zweck. Sie befreit zu „freiem, dankbarem Dienst an seinen (Gottes) Geschöpfen“, so die Fortsetzung der These. Transzendenzorientierung und freiwilliges Engagement im Rahmen der Zivilgesellschaft schließen sich nicht aus, im Gegenteil: Sie bedingen einander. Christinnen und Christen als Einzelne, nicht anders als die Institution Kirche mit ihren Werken und Verbänden, treten von ihrem eigenen Selbstverständnis her als engagierte Akteure der Zivilgesellschaft auf.

Wir richten die frohe Botschaft vom menschenfreundlichen Gott an alle Welt, (oder: „an alles Volk“, wie es die 6. Barmer These ausdrückt), weil wir davon überzeugt sind, dass die Freiheit, die die Botschaft vom rechtfertigenden Glauben zu geben vermag, das Paradigma auch für die Verwirklichung bürgerlicher Freiheit ist: nicht zuletzt, weil sie Freiheit und Verantwortung miteinander verbindet. Martin Luther hat dies bleibend aktuell mit seinem Verständnis der „Freiheit eines Christenmenschen“ zum Ausdruck gebracht. Der vom Evangelium befreite Mensch, ist Herr über alles und doch Diener aller.

Geliebt von Gott kann ich dem Nächsten und der Gemeinschaft aus freien Stücken dienen – ohne mir damit etwas *verdienen* zu müssen.

Verkündigung ist deshalb für uns Christen immer Verkündigung in Wort und Tat. Das gelebte Evangelium drängt in die Diakonie – in den Dienst am Individuum und an der Gesellschaft. Der Öffentlichkeitsauftrag des Evangeliums verlangt von uns, dass wir die Worte nicht nur ausrichten, sondern auch tun. Das Wort Gottes ist ein wirkmächtiges Wort, aber es braucht Helfer. Darum ist der Christ für uns der Prototyp des *zoon politikón*, des aktiven Bürgers.

III. Das Subsidiaritätsprinzip als bewährter Rahmen

In Deutschland haben wir gerade eine Debatte darüber, wie viel Geld die Kirchen auf verschiedenen Wegen aus den öffentlichen Kassen erhalten. Vielfach entsteht dabei der Eindruck, dem Steuerzahler werde etwas weggenommen und für Eigeninteressen einer Organisation, nämlich der Kirchen, ausgegeben. Das Gegenteil ist richtig: Kirchen leisten gerade in ihrer gesellschaftlichen Arbeit, in Diakonie, Bildung und Kultur, viel mehr, als entsprechende staatliche Einrichtungen mit dem gleichen Geld leisten könnten. Ein Grund dafür ist die hohe Zahl ehrenamtlich Tätiger, die sich mit ihrer Einrichtung stark identifizieren: Allein schon in der Diakonie kommt auf jede hauptamtliche Kraft eine ehrenamtliche! Viele Gemeinden und Vereine leben fast ausschließlich von solchem unentgeltlichen Engagement.

Das Subsidiaritätsprinzip hat sich als ein guter Rahmen bewährt.

Es repräsentiert die Grundentscheidung, den Dienst am Menschen zunächst aus der Gesellschaft heraus zu leisten und dem Staat nur die Verantwortung zu übertragen, die tatsächliche Erbringung und die Qualität sicherzustellen. Es gewährleistet, dass die Dienste in zweierlei Weise ganz nah am Menschen erbracht werden:

1. Es müssen sich zunächst einmal Menschen finden, die die entsprechenden Strukturen aufbauen und erhalten – Kindergärten, Familienberatungen, Sozialstationen, Hospize und vieles mehr. Ehrenamtliche Vorstände leiten und überwachen. Freiwillige Helferinnen und Helfer unterstützen die Profis bei der Durchführung. Allein in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz gibt es 44.000 Ehrenamtliche, davon 9.000 in leitenden Gremien.
2. Nah am Menschen ist das Subsidiaritätssystem aber auch, weil über das Wunsch- und Wahlrecht der Kunden unterschiedliche Dienste auf dem Markt angeboten und gewählt werden können und dadurch sichergestellt ist, dass die jeweiligen Dienste auch in dem Geist erbracht werden, der mit der Prägung weltanschaulicher Art übereinstimmt. Wer einen Dienst wählt, der wird schauen, ob das Angebot auch dem entspricht, was er unter dieser „Marke“ versteht. Für uns als christliche Anbieter ist dies eine große Herausforderung. Wir sind dabei aber sehr froh, dass viele Menschen auch dort, wo kirchliche Anbieter inzwischen mit einer Vielzahl anderer Angebote konkurrieren, unsere Häuser und Einrichtungen wählen.

Dieser Subsidiaritätsansatz gibt Freiraum für ein zivilgesellschaftliches Engagement, das eine ganz andere Form von sozialer Gesellschaft ermöglicht, als eine Verstaatlichung der Wohlfahrt, bei der mit der Steuerzahlung die soziale Verantwortung an den Staat abgetreten würde.

Zu bedenken ist dabei auch dies: An dem Subsidiaritätsprinzip haben in Deutschland nicht nur die Kirchen teil: Der Vorrang freier Träger kommt genauso dem Roten Kreuz oder dem Arbeitersamariterbund zu Gute. Die Dienstleistungen, die in freier Trägerschaft erbracht werden, sind vollgültiger

Teil unseres öffentlichen Sozialsystems. Sie sind keine zusätzlichen Angebote nur für besondere Zielgruppen.

Das System der Subsidiarität schafft also die Rahmenbedingungen; gefüllt werden sie von den Vielen, die sich mit ihrer Zeit, mit ihrer Arbeitskraft, mit ihren Kirchensteuern, Spenden und Stiftungen engagieren. Christen leisten auch hier Enormes: Es ist kein Zufall, dass die besonders Aktiven eben nicht nur in ihrer eigenen Gemeinschaft aktiv sind, sondern darüber hinaus wirken: auch in vollständig säkularen zivilgesellschaftlichen Assoziationen. Die 1,1 Millionen Ehrenamtlichen in der EKD sind beim ehrenamtlichen Engagement auch außerhalb der Gemeinden – also zusätzlich! – überdurchschnittlich stark vertreten.

Diese Bereitschaft, sich einzusetzen, findet sich erfreulicherweise auch in unserer Gemeindejugend. So zeigt die in diesem Jahr veröffentlichte 3. Freiwilligensurvey der Bundesregierung, dass – anders als bei anderen in diesen Altersgruppen – das Engagement in der *kirchlichen* Kinder- und Jugendarbeit kräftig zugelegt hat. Das bestätigt, dass diese Arbeit – gegen den Trend und trotz realer Herausforderungen wie der Verknappung zeitlicher Ressourcen durch Veränderungen in Schule und Universität – für Jugendliche einen attraktiven und funktionierenden Raum für ehrenamtliche Mitarbeit schafft.

IV. „Suchet der Stadt Bestes“ – Kirche und Gemeinwohl in der Zivilgesellschaft

Doch es geht ja nicht nur um Quantität. Christliches Tun soll sich auch durch seine Qualität – also durch seine Art und seine Wirkung auszeichnen. Wir sollen „Salz der Erde“ sein, wie Jesus es in der Bergpredigt formuliert hat. Das prägt unser Verständnis von aktiver Bürgerschaft, von gesellschaftlichem Engagement. Wir wollen uns in die Gesellschaft hineingeben als eine Kraft, die den Zusammenhalt und die Solidarität stärkt.

Der Staat allein kann nicht das für die gesellschaftliche Kohäsion Entscheidende leisten. Die Erwartung, der Staat sei der ehrliche Makler zwischen allen Partikularinteressen ist eine Überhöhung. Richtig ist und bleibt aber, dass der Staat die Aufgabe hat, vermittelnd zu wirken und aus den widerstreitenden Anliegen gesellschaftlicher Gruppen das Gemeinwohl herauszufiltern und zu fördern.

Deshalb sind diejenigen Kräfte umso wichtiger, die schon im Prozess der Entscheidungsfindung die zentrifugalen Kräfte ausgleichen. Der Staat braucht im vielstimmigen Konzert der korporierten Interessen Verbündete für das Gemeinwohl. Hier liegt eine wesentliche Aufgabe von uns Kirchen. Richard von Weizsäcker hat den Satz geprägt, unsere Aufgabe sei nicht, Politik zu machen, sondern Politik möglich zu machen. Dabei geht es genau darum: Gesprächsräume zu bieten, wo Menschen sich begegnen können, die sonst antagonistischen gesellschaftlichen Gruppen zugehören.

Das verkörpern wir schon institutionell. Unsere Synoden und Kirchenleitungen sind bunt besetzt. Da sitzt die grüne Bundestagsabgeordnete neben dem CSU-Innenminister, die Kindergärtnerin neben der Bankdirektorin. Unsere Kammern und Kommissionen spiegeln die Breite des Parteienspektrums und der innerkirchlichen Gruppen wider.

Natürlich kennen auch wir in der Kirche das Gemeinwohl nicht besser als andere Institutionen. Auch wir müssen es immer wieder neu unter Berücksichtigung verschiedenster Einzelanliegen ermitteln. Dabei haben wir aber einen Startvorteil. Wir tun das nicht in den Strukturprinzipien des Antagonismus, sondern in denen der Gemeinschaft. Das Gemeinsame zu wollen ist die Ausgangsbasis all unseres Handelns. Und wir haben dafür einen

gemeinsamen Leitfaden in der Bibel: „der Stadt Bestes zu suchen“. Die Aufforderung des Propheten Jeremia an das exilierte Volk Israel in der Fremde Babylons, ist auch unser Anliegen. Die Würde des Menschen zu fördern ist unser Ziel, auch wenn wir im Einzelnen Akzente anders setzen mögen als andere gesellschaftliche Akteure. Unsere Suche nach Gemeinschaft, und damit auch unsere Suche nach gesellschaftlicher Verbundenheit, ist theologisch begründet in der Überzeugung: Verbunden in Christus kann uns die Welt nicht auseinanderdividieren – und so können wir die Gegensätze der Welt abmildern helfen.

V. Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirche im europäischen Kontext

Das Programm einer gemeinwohlorientierten Kirche setzen wir auch in unserer Arbeit mit den Vertretern von Politik und Verwaltung um – hier in Brüssel im Dialog mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments, mit den Beamten der Kommission und den Vertretern der nationalen Regierungen. Dabei sind wir als Kirche durchaus politisch: ohne aber Partei zu sein. Wir sind lediglich parteilich, indem wir eine präferentielle Option für die Armen und Unterdrückten, die Fremden und Hilflosen wahrnehmen, indem wir Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung zum Ziel aller unserer Interventionen machen. Daran arbeiten wir über alle Parteigrenzen hinweg mit allen Menschen guten Willens.

Allerdings ist diese Aufgabe nicht einfach, da es noch an einer gesamteuropäischen Öffentlichkeit fehlt. Nur selten, und dann meist in Negativfällen, wie der Griechenland-Krise Anfang dieses Jahres, werden einzelne europäische Themen in der ganzen Union diskutiert. Die Europäische Zivilgesellschaft ist noch nicht viel mehr als die Summe ihrer (nationalen) Teile: Europäische Dachverbände sind schwach aufgestellt und haben schon durch die Vielsprachigkeit und die unterschiedliche Rechtstellung und

Einflussmöglichkeiten ihrer Mitgliedsorganisationen Probleme, mit einer Stimme zu sprechen.

Doch Europa braucht beides, um zu einem demokratischen Gemeinwesen, einer Gemeinschaft zusammen zu wachsen: transnationale zivilgesellschaftliche Strukturen und eine genuin transnationale Öffentlichkeit. Denn Europa braucht die Zustimmung seiner Bürger.

Wie wichtig eine transnationale Öffentlichkeit für das friedliche Zusammenleben der Völker ist, das hat bereits Immanuel Kant in seiner bis heute wegweisenden Schrift „Zum ewigen Frieden“ aus dem Jahr 1795 erkannt. Er setzte seine Hoffnung auf Weltfrieden auf drei langfristig wirksame Faktoren:

1. Die friedliche Natur von Republiken, 2. Die pazifizierende Kraft des Freihandels und 3. Die kritische Funktion einer transnationalen Öffentlichkeit, weil „die Rechtsverletzung an einem Platz der Erde an allen gefühlt wird“.

Technisch ist es heute kein Problem, eine kritische transnationale Öffentlichkeit zu schaffen, die uns fühlen lässt, was in Griechenland und Portugal, in Irland und Italien geschieht.

Allerdings gibt es dennoch gravierende Defizite. Zum einen verstehen viele Bundesbürger weder die Feinheiten unseres Staatsaufbaus noch der daraus resultierenden politischen Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene.

Zum anderen steht Europa als geschichtlich relativ junges Gebilde bei den Bürgerinnen und Bürgern noch auf dem Prüfstand: Es muss sich durch seine Erfolge legitimieren. Nur wenn die europäische Gemeinschaft erkennbar Frieden, Sicherheit und Wohlstand erbringt, wird Europa akzeptiert. Sinkt die (empfundene) Erfolgsrate, sinkt auch die Zustimmung. Extreme Schwankungen der Zustimmung sind die Folge. Alte, gewachsene Gemeinwesen wie die Nationen sind in ihrer Akzeptanz weit weniger abhängig von konkreten

Erfolgen. Der Misserfolg einer Bundesregierung stellt für uns Deutschland nicht in Frage. Die grundsätzliche Zustimmung ist nicht abhängig von der konkreten Durchsetzung spezifischer Interessen.

Um eine solche Grundakzeptanz zu erreichen, bedarf es der Herausbildung einer kollektiven Identität und der Identifikation der Bürger mit dem Gemeinwesen.

Es mag paradox erscheinen: Aber genau dieses europäische Gemeinschaftsbewusstsein der Bürger kann nicht von oben kommen, sondern muss bei den Bürgern selbst entstehen. Es muss zu einer wirklichen Aneignung Europas durch die Europäer kommen – „ownership“ ist ein schöner internationaler Begriff dafür. Und genau hier können die Kirchen ansetzen, genau hier haben die Kirchen vielfältige Möglichkeiten, die ich im folgenden kurz skizzieren möchte.

VI. Kirche in Europa – Beispiele konkreten Engagements

Seit Ende der 1950er Jahre wurden ökumenische Netzwerke und Organisationen gegründet, die die Kirchen näher an Europa und Europa näher an die Kirchen bringen sollten. Über die *Konferenz Europäischer Kirchen* haben wir uns im wahrsten Sinne des Wortes „über den Eisernen Vorhang hinweggesetzt“, über die *Kommission Kirche und Gesellschaft* die Westintegration konstruktiv-kritisch begleitet, die heute eine gesamteuropäische Institution geworden ist. Auf katholischer Seite gab und gibt es entsprechende Strukturen, die den Rahmen bieten für Begegnung, Information und aktive politische Arbeit. Eine Fülle von Begegnungen findet statt. Gemeindeparterschaften und Austauschprogramme, Fachgespräche und Seminaren auf EU-Ebene, in denen sich Haupt- und Ehrenamtliche der verschiedensten Tätigkeitsfelder austauschen. Oberkirchenrätin Hatzinger und ihre Mitarbeiter reisen zu Akademie-Veranstaltungen und halten Vorträge über europäische Politik. In seinem Newsletter berichtet das EKD-Büro über aktuelle Vorgänge in der EU.

Auch mehr und mehr Menschen in den Kirchen, die sich nicht hauptberuflich mit Europa befassen – mich selbst eingeschlossen –, entdecken das Thema für sich, informieren sich und andere, suchen nach eigenen Möglichkeiten, Europa zu einem Teil der Gemeindewirklichkeit werden zu lassen. So konnte ich, noch als Superintendent im Rheinland, ein ganzes Jahr mit den Gemeinden des Kirchenkreises Koblenz zum Thema „Europa“ arbeiten, eine Studienfahrt nach Brüssel eingeschlossen.

Unsere Kirchentage sind längst europäische, ja internationale Ereignisse. Von der Johanniter-Unfall-Hilfe weiß ich, dass sie einen „Ringtausch“ von ehrenamtlichen Rettungskräften plant: Ein Deutscher geht nach Frankreich, eine Französin nach Lettland, eine Lettin nach Österreich, ein Österreicher nach Zypern und so fort. Hier geht es nicht mehr nur um bilaterale Austausche, sondern um einen europaweiten Domino-Effekt der Begegnung.

Aus meiner eigenen Landeskirche kann ich berichten, dass es durch das vernetzte Engagement von fünf Kirchenkreisen gelungen ist, eine Pfarrstelle für „Grenzüberschreitende Ökumene in Europa“ in Frankfurt/Oder zu errichten und zu besetzen. Morgen werde ich dorthin reisen, um das Projekt kennenzulernen und ebenfalls über das Engagement der Kirchen in und für Europa sprechen.

Auf Eines möchte ich besonders hinweisen: Seit meinem Amtsantritt vor einem Jahr habe ich unzählige Dorfgemeinden in Brandenburg besucht. Oft konnte ich erfolgreiche Kirchenrenovierungen feiern. Und immer wieder hatte ich Gelegenheit auf die europäischen Förderprogramme dankbar hinzuweisen, die das Engagement der Dorfbevölkerung – Christen und Nicht-Christen – für ihre Kirche unterstützt haben. So zuletzt im ältesten Kolonistendorf im Oderbruch, Neulietzegöricke an der polnischen Grenze. So trägt sich das Bewusstsein, zu Europa zu gehören bis in die entlegensten Orte.

Besonders wichtig ist mir in diesem Zusammenhang die Jugend. Die Pfarrerin der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin hat in diesem Jahr zu Pfingsten

mit 19 Konfirmanden auf Kreta mit orthodoxen Schülerinnen und Schülern an der dortigen Orthodoxen Akademie ein Dialogseminar gestaltet. Es ging sowohl um die Wahrnehmung der unterschiedlichen Konfession und Kultur, als auch um die Auseinandersetzung mit der Geschichte der deutschen Besatzung von Kreta in den Jahren 1941-1944, gefördert durch das EU-Programm „Jugend für Europa“.

Solche Projekte braucht es, um Europa in den Herzen der Menschen zu verankern. Das nächste Jahr als das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit wird uns noch viele Gelegenheiten bieten, über unser Engagement für die Gesellschaft in Deutschland und Europa zu sprechen.

Junge Menschen von heute gestalten das Europa von morgen. Für die „Generation Erasmus“ ist das freie Reisen, sind Praktika und Studienaufenthalte in Europa ganz selbstverständlich. Diese jungen Menschen haben erstmalig die Chance, sich schon von Anfang an auch als Unionsbürger zu begreifen. „Europa“ hat einen guten Ruf unter jungen Menschen. Viele von ihnen, insbesondere aus den neuen Mitgliedsstaaten, sind der Meinung, dass die meisten Menschen in zehn Jahren dank der EU eine bessere Lebensqualität haben werden und dass die Union zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation beiträgt. So lesen wir es in der Studie „Young Europeans“ der EU-Kommission. Das ist eine gute Basis für Identifikation mit und aktives Engagement für Europa.

Wir brauchen die Fortsetzung eines eigenständigen europäischen Jugendprogramms ausschließlich für Lern- und Beteiligungsprozesse im non-formalen Bildungsbereich, das nicht zuletzt auch von der kirchlichen Jugendarbeit genutzt werden kann. Es ist ein wichtiges Signal, dass es im Lissabon-Vertrag auch eine Vorschrift gibt, die die Partizipation Jugendlicher

explizit erwähnt: Artikel 165 legt eine „verstärkte Beteiligung der Jugendlichen am demokratischen Leben in Europa“ als Ziel der EU fest.

VII. Rechtliche Grundlagen der Partizipation

Gesellschaftliches Engagement lebt also von gesetzlichen Rahmenbedingungen, um sich entfalten zu können. Es braucht aber auch Partizipationsmöglichkeiten, um sich zu artikulieren.

Wir begrüßen deshalb die Dialog-Möglichkeiten, die der Vertrag von Lissabon den repräsentativen Verbänden der Zivilgesellschaft mit Art. 11 EUV und den Kirchen und Religionsgemeinschaften mit Art. 17 AEUV einräumt. Das Büro des Bevollmächtigten in Brüssel oder die COMECE, in deren Haus wir heute feiern dürfen, sind Partner des Dialogs, und auch die Berliner Dienststellen der beiden Kirchen begleiten ihn aktiv.

In diesem Zusammenhang sehe ich auch die neue Bestimmung für ein „Europäisches Bürgerbegehren“. Hier haben die Bürger Europas die Chance, noch viel unmittelbarer als nur über Verbände und Organisationen auf das Leben und die Gestaltung der Europäischen Union Einfluss zu nehmen. Ich hoffe, die Hürden für die tatsächliche Wahrnehmung dieses Rechts werden nicht zu hoch sein. Es ist schon schwierig genug, eine Million gültige Unterschriften aus mindestens neun Mitgliedstaaten zu sammeln. Und dann ist es ungewiss, ob das Anliegen der Bürger von der Kommission aufgegriffen wird.

Es werden ganz besondere Themen sein müssen, die Bürgerinnen und Bürger motivieren können, ihre Unterschrift zu leisten. Gerade als Berliner Bischof bin ich froh zu hören, dass es schon Überlegungen gibt, den *Sonntagsschutz* zum Thema eines der ersten Bürgerbegehren zu machen. Denn der Sonntag, das gilt es immer wieder zu betonen, ist nicht nur der Tag des Herren oder der Tag der Kirchen, sondern vor allem auch der Tag der Bürger. Es braucht die Synchronisation der frei gestaltbaren Zeit, damit Menschen sich zusammen tun können, um in Vereinen, Parteien, in Sport und Kultur, gemeinsam aktiv zu

werden. Geht es bei der Bürgergesellschaft um die Verwirklichung der Freiheitsräume von Bürgern für Bürger, so spielt die Freiheit von den Zwängen ökonomischer Produktions- und Konsumzusammenhänge eine nicht unwesentliche Rolle: Kaum eine andere Macht nimmt uns heute so sehr in Anspruch und definiert unsere Bedürfnisse wie die Wirtschaft. Der Sonntag ist und bleibt hier der Freiraum für „das andere“, für das familiäre, soziale Leben – und damit nicht zuletzt für das bürgerschaftliche Engagement!

VIII. Mit Melanchthon europäisch denken

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr gedenken wir des 450. Todestages des Reformators Philipp Melanchthon. Hier in Brüssel wurde auf Einladung des EKD-Büros im Oktober über die Impulse Melanchthons für Bildung und Bürgersein diskutiert.

Mit den Reformatoren erinnern wir evangelische Christen immer wieder an die Bedeutung des christlichen Menschenbildes. Jeder ist ein Ebenbild Gottes und somit im bedingungslosen Besitz einer unverlierbaren Würde. Jeder verdient Achtung. Jeder ist aus Gnade befreit, aber auch zur Wahrnehmung eigener Verantwortung gerufen.

Philipp Melanchthon ist für uns evangelische Christen aber auch eine Herausforderung europäisch zu denken. Denn der *praeceptor germaniae*, der Reformator und Bildungsreformer Philipp Melanchthon, war als Wittenberger Universitätsprofessor bereits in einen eindrucksvollen europaweiten Kommunikationszusammenhang eingebunden, sowohl durch einen intensiven Briefwechsel, als auch durch seine internationale Hörschaft. In der Gelehrtensprache Latein tauschte er sich brieflich mit Gelehrten aus, die in Dänemark und Südschweden, in Frankreich und England, in Ober- und Mittelitalien, in Ostpreußen und den baltischen Ländern, in Ungarn und Rumänien und in einem Fall sogar in Konstantinopel lebten. Der Reformator

Finnlands, Andreas Agricola, der der Vater der finnischen Schriftsprache ist, war sein Schüler. Die lateinische Grammatik Melanchthons wurde in wenigen Jahren in fünf Auflagen auf Französisch herausgegeben, und in Island war diese Grammatik bis ins 18. Jahrhundert hinein die Grundlage des Lateinunterrichtes. 139 Studenten aus Polnisch-Preußen, die meisten aus Danzig, Elbing und Thorn studierten bei ihm, und 442 Ungarn, was nicht zuletzt dazu führte, dass in Ungarn 125 Schulen nach seiner Schulordnung gegründet wurden – um nur einige Beispiele für die europäische Wirksamkeit des Reformators zu nennen.

Der europäische Horizont kirchlichen Wirkens ist für evangelische Christen also durchaus nichts Neues. Er ist von der Reformationszeit an im Blick und bis heute Verpflichtung und Herausforderung. Wir wollen und wir können unseren Beitrag für ein lebendiges Europa leisten, gemeinsam mit unseren Geschwisterkirchen in der Ökumene.

Die kirchliche Infrastruktur mit ihren Räumen, Personen und Finanzen bietet Möglichkeiten bürgerschaftliches Engagement verantwortlich zu gestalten. Sie zu erhalten ist Voraussetzung für die Sicherung und Stärkung ehrenamtlichen Engagements in Kirche und Gesellschaft – und damit ein guter Anknüpfungspunkt für das Aktiv-werden für ein lebendiges Europa.

Aktive Bürger für ein lebendiges Europa zu sein ist Teil unseres kirchlichen Programms.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!